

Vorlage Nr. 237/11

Betreff: **Kommunalpolitik in Schulen**
- Antrag der SPD-Fraktion

Status: **öffentlich**

Beratungsfolge

Rat der Stadt Rheine		07.06.2011		Berichterstattung durch:		Herrn Roscher Herrn Linke		
TOP	Abstimmungsergebnis					z. K.	vertagt	verwiesen an:
	einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			

Betroffene Produkte

2104	Kinder- und Jugendarbeit
------	--------------------------

Betroffenes Leitbildprojekt/Betroffene Maßnahme des IEHK

Fehlanzeige

Finanzielle Auswirkungen

<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> einmalig <input type="checkbox"/> jährlich <input type="checkbox"/> einmalig + jährlich		
<table style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%; vertical-align: top;"> Ergebnisplan Erträge Aufwendungen </td> <td style="width: 50%; vertical-align: top;"> Investitionsplan Einzahlungen Auszahlungen </td> </tr> </table>	Ergebnisplan Erträge Aufwendungen	Investitionsplan Einzahlungen Auszahlungen
Ergebnisplan Erträge Aufwendungen	Investitionsplan Einzahlungen Auszahlungen	
Finanzierung gesichert <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein durch <input type="checkbox"/> Haushaltsmittel bei Produkt / Projekt <input type="checkbox"/> Mittelumschichtung aus Produkt / Projekt <input type="checkbox"/> sonstiges (siehe Begründung)		

mittelstandsrelevante Vorschrift

Ja Nein

Beschlussvorschlag/Empfehlung:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt den Antrag der SPD-Fraktion zur Kenntnis und verweist ihn zur weiteren Beratung an den Jugendhilfeausschuss.

Begründung:

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rheine hat den beiliegenden Antrag an den Rat der Stadt Rheine gerichtet, die weiterführenden Schulen zu bitten, das Projekt „Kommunalpolitik in die Schulen“ (KidS) im kommenden Schuljahr in ihr Schulprogramm aufzunehmen.

Der Unterausschuss „Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertageseinrichtungen“ hat in seiner Sitzung am 28. März 2011 im Kontext mit den Ergebnissen der Jugendbefragung, die eine geringe Akzeptanz der politischen Parteien bei den Jugendlichen feststellte, über Möglichkeiten diskutiert, Jugendliche für Politik zu interessieren.

Der nun vorliegende Antrag, mit dem die weiterführenden Schulen gebeten werden sollen, das Projekt „Kommunalpolitik in die Schulen“ in ihr Schulprogramm aufzunehmen, zielt zwar nicht direkt auf den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit.

Es erscheint jedoch sinnvoll, neue Aktivitäten mit dem Bereich „Partizipation“ abzustimmen, um die vielfältigen Aktivitäten in diesem Feld zu koordinieren und aufeinander anzustimmen.

Der Unterausschuss „Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertageseinrichtungen“ hat daher in seiner Sitzung am 30. Mai 2011 bereits über diesen Antrag der SPD-Fraktion beraten und dabei folgende Empfehlungsbeschluss an den Jugendhilfeausschuss gefasst:

Die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der im Rat vertretenen Parteien begrüßen die Zielrichtung des Antrags.

Unter der Voraussetzung der Zustimmung des Rates zu dem geplanten Projekt soll unter Federführung des Fachbereichs Jugend, Familie und Soziales wie folgt verfahren werden:

- Die Vertreterinnen und Vertreter der Ratsfraktionen klären die Bereitschaft der Ratsmitglieder zur Teilnahme an dem Projekt
- Die Verwaltung holt Informationen über die Erfahrungen anderer Kommunen ein, die das Projekt „Kommunalpolitik in die Schulen“ bereits durchgeführt haben.
- Die Verwaltung prüft die Bereitschaft der Schulen zur aktiven Teilnahme an der Umsetzung des Projektes

- Die Ergebnisse werden zur nächsten Sitzung des Unterausschuss „Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertageseinrichtungen“, die nach den Sommerferien stattfinden wird, aufbereitet, um über das weitere Verfahren entscheiden zu können.
- Für die Durchführung des Projektes ist der Zeitraum Februar bis April 2012 vorgeplant.

Anlage:

Antrag der SPD-Fraktion vom 30.03.2011